

Lfd. Nr.	Sachkonto	PSP-Element bzw. Kostenstelle/ Bezeichnung / Zweck	Ansatz 2017 lt. HPl. / €	Über- oder außerplanm. Aufwendung/ Auszahlung in €	Deckung	Datum der Zustimmung	Begründung
-------------	-----------	---	--------------------------------	---	---------	-------------------------	------------

Ergebnisplan

1	52910000	11.01.05.01 Rechnungsprüfung	35.300,00	30.000,00	PSP-Element 11.05.01.01.0001 Kosten der Unterkunft Sachkonto 44910000 Leistungsbet. Unterk./Heizung a. A.	14.06.2017	Im SBG II-Bereich bestehen bekanntermaßen Fehlbuchungen, die aufgrund von Anwendungsfehlern in der Vergangenheit in der Software A2 LL entstanden sind. Eine Geltendmachung von möglichen städtischen Ansprüchen gegenüber dem Job-Center/der Bundesagentur für Arbeit (BA) ist noch rückwirkend für die Jahre 2013 und 2014 bis zum Ablauf des 30.06.2017 möglich. Danach wird die Software A2LL abgeschaltet. Nach dem Beschluss des Rechnungsprüfungsausschusses vom 02.05.2017 sollen kurzfristig Prüfungen vorgenommen werden. Für die Prüfung des Jahres 2013 wurde aus Kapazitätsgründen bereits ein Wirtschaftsprüfungsunternehmen beauftragt (s. Nachbewilligung vom 23.05.17). Dieses hat für das Jahr 2013 inzwischen Nachforderungsansprüche ermittelt und festgestellt, dass auch für 2014 Ansprüche gegenüber der BA geltend gemacht werden können. Für die Prüfung des Jahres 2014 sind daher weitere 30.000 € zur Verfügung zu stellen.
---	----------	------------------------------	-----------	-----------	--	------------	---

Lfd. Nr.	Sachkonto	PSP-Element bzw. Kostenstelle/ Bezeichnung / Zweck	Ansatz 2017 lt. HPI. / €	Über- oder außerplanm. Aufwendung/ Auszahlung in €	Deckung	Datum der Zustimmung	Begründung
2	53180000	11.03.02.10 Betreuungs- und Ganztagsangebote an Schulen	0,00	188.918,00	zweckgebundene Mehrerträge bei PSP- Element 11.16.01.01 SK 41310000 (Allgemeine Zuweisungen vom Land, Inklusionspauschale)	22.06.2017	Der Zuwendungsbescheid des Landes für die Inklusionspauschale für das Schuljahr 2016/17 vom 22.12.2016 ging erst am 02.01.2017 dem Amt f. Schule zu und wurde nicht mehr in den zu beschließenden Etatveränderungen zur HH-Planung 2017 im Januar 2017 berücksichtigt. Der überplanmäßige Mehrertrag beim Amt 200 steht zweckentsprechend dem außerplanmäßigen Mehraufwand im Amt 400 zur Verfügung, (Beschluss Behindertenbeirat vom 17.05.17 und Schulausschuss vom 20.06.17, Drs.-Nr. 4700 / 2014 – 2020).

Lfd. Nr.	Sachkonto	PSP-Element bzw. Kostenstelle/ Bezeichnung / Zweck	Ansatz 2017 lt. HPl. / €	Über- oder außerplanm. Aufwendung/ Auszahlung in €	Deckung	Datum der Zustimmung	Begründung
3	52910000	11.01.05.01 Rechnungsprüfung	65.300,00	25.000,00	PSP-Element 11.05.01.01.0001 Kosten der Unterkunft Sachkonto 44910000 Leistungsbet. Unterk./Heizung a. A.	23.06.2017	Im SBG II-Bereich bestehen bekanntermaßen Fehlbuchungen, die aufgrund von Anwendungsfehlern in der Vergangenheit in der Software A2 LL entstanden sind. Eine Geltendmachung von möglichen städtischen Ansprüchen gegenüber dem Job-Center/der Bundesagentur für Arbeit (BA) ist noch rückwirkend für die Jahre 2013 und 2014 bis zum Ablauf des 30.06.2017 möglich. Danach wird die Software A2LL abgeschaltet. Nach dem Beschluss des Rechnungsprüfungsausschusses vom 02.05.2017 sollen kurzfristig Prüfungen vorgenommen werden. Für die Prüfung der Jahre 2013 und 2014 wurde aus Kapazitätsgründen bereits ein Wirtschaftsprüfungsunternehmen beauftragt (s. Nachbewilligungen vom 23.05. und 14.06.17). Dieses hat für den Prüfungszeitraum Nachforderungsansprüche ermittelt und festgestellt, dass es auch bei dem nachfolgenden Software-Programm „Allegro“ ab dem Jahr 2015 zu Fehlbuchungen kommt und somit Ansprüche, wenn auch geringere als unter der Software „A2 LL“, gegenüber der BA geltend gemacht werden können. Für die Prüfung des Jahres 2015 sind daher weitere 25.000 € zur Verfügung zu stellen.

Lfd. Nr.	Sachkonto	PSP-Element bzw. Kostenstelle/ Bezeichnung / Zweck	Ansatz 2017 lt. HPl. / €	Über- oder außerplanm. Aufwendung/ Auszahlung in €	Deckung	Datum der Zustimmung	Begründung
4	50110000	150210 - Standesamt	560.986,00	25.000,00	Deckung im Rahmen des Jahresabschlusses	28.06.2017	Aufgrund des Fallzahlenanstiegs entsteht ein unterjähriger überplanmäßiger Personalbedarf von 1,0 Stellen ab 01.08.2017. Da sich nachhaltige Veränderungen ergeben haben, wie der Anstieg bei Geburten oder Vaterschaftsanerkennungen etc., ist die Anpassung der Personalausstattung erforderlich.
5	50110000	200314, Hundesteuer	39.766,00	26.250,00	Deckung durch Hundesteuer- Mehrerträge, PSP- Element 11.16.01.02 Kommunale Steuern, Sachkonto 40320000 Hundesteuer, in entsprechender Höhe	29.06.2017	Wie zuletzt 2001/2002 soll in Bielefeld eine Hundebestandsaufnahme in Form einer postalischen Information aller rd. 184.000 Bielefelder Haushalte über die Anmelde- und Steuerpflicht erfolgen. Für den Umsetzungszeitraum von Juni bis Dezember 2017 soll deshalb eine überplanmäßige Vollzeitkraft zur Verfügung gestellt werden, was entsprechenden Personalmehraufwand verursachen wird. Der Mehraufwand kann jedoch durch die erwarteten Steuermehreinnahmen gedeckt werden.
6	50120000	510110 – Planung, Controlling, Jugendpflege	378.928,00	30.000,00	Deckung durch Zuweisung vom Bund Sachkonto 41400000 PSP-Element 11.06.01.01.0053	30.06.2017	Aufgrund des Bundesprogrammes „Kita-Einstieg: Brücken bauen in frühe Bildung“ entsteht ein unterjähriger überplanmäßiger Personalbedarf von 0,5 VZK ab 01.07.2017. Das Bundesprogramm dient dazu Kinder aus geflüchteten Familien in die Regelangebote der Kinderbetreuung frühzeitig aufzunehmen, welches einen wichtigen Schritt zur Integration dieser Kinder darstellt. Der Verwaltungsvorstand hat im Rahmen der Aufstellung des Haushaltsplanentwurfs 2018 entschieden, dass eine 0,5 VZK in die politischen Beratungen eingebracht werden soll.

Lfd. Nr.	Sachkonto	PSP-Element bzw. Kostenstelle/ Bezeichnung / Zweck	Ansatz 2017 lt. HPI. / €	Über- oder außerplanm. Aufwendung/ Auszahlung in €	Deckung	Datum der Zustimmung	Begründung
7	50120000	320102 - ZAV	79.688,00	67.500,00	Deckung durch Zuschuss des Landes auf Sachkonto 41410000, PSP- Element 11.02.27.02 (Kontrollen / Zwangsmaßnahmen	01.08.2017	In der Öffentlichkeit wurde in den vergangenen Monaten an bestimmten Orten die Sicherheit und Sauberkeit bemängelt. Hier steht insbesondere die Situation am Stadtbahneingang vor der Stadthalle (sog. Tüte) immer wieder in der Kritik. Zur Steigerung des subjektiven Sicherheitsgefühls soll das Ordnungsamt vor Ort die Präsenz erhöhen mit dem Ziel, das Verhalten der dortigen Klientel positiv zu verändern. Da diese Aufgabe mit dem vorhandenen Personal nicht angegangen werden kann, will das Ordnungsamt hierfür 5 zusätzliche MitarbeiterInnen einstellen. Die Personalkosten für diese Stellen können zu 75 % vom Land refinanziert werden. Zusätzlich wird eine weitere Person zur Koordinierung und Anleitung der 5 Personen benötigt. Die Personalkosten dieser Stelle sind von der Stadt Bielefeld allein zu tragen. Das Projekt ist auf 2 Jahre befristet. Der nachzubewilligende Haushaltsansatz für das Jahr 2017 beträgt 67.500 €, wobei 42.187 € refinanziert werden können. Die Deckung des Restbetrages i.H.v. 25.313 € soll im Rahmen des Jahresabschlusses 2017 erfolgen. Die erforderlichen Mittel für 2018 und 2019 wurden vom Ordnungsamt über die Etatberatungen zum Haushaltsplan 2018 angemeldet.

Lfd. Nr.	Sachkonto	PSP-Element bzw. Kostenstelle/ Bezeichnung / Zweck	Ansatz 2017 lt. HPl. / €	Über- oder außerplanm. Aufwendung/ Auszahlung in €	Deckung	Datum der Zustimmung	Begründung
8	50110000	500151 - Forderungsmanagement	787.032,00	30.000,00	Deckung durch Zuweisung vom Land Sachkonto 44810000 PSP-Element 11.05.03.02.0002	02.08.2017	Aufgrund der Reform des Unterhaltsvorschussgesetzes entsteht ein unterjähriger überplanmäßiger Personalbedarf von 2,0 Stellen ab 01.10.2017. Durch die Änderungen ergeben sich zusätzliche Aufgaben und eine deutliche Steigerung der Fallzahlen. Da das neue UVG als konnexitätsrelevant gewertet wird, wird mit einer vollständigen Refinanzierung durch das Land gerechnet.
9	50120000	510120 – LV, Entgelt, TfK, Tpfl	228.972,00	7.316,00	Deckung durch Minderaufwand bei den Betriebskosten der Kitas, Sachkonto 53180000, PSP- Element 11.06.01.01.0001	07.08.2017	Aufgrund des neuen Gesetzes zum quantitativen und qualitativen Ausbau der KiTa-Betreuung entsteht ein unterjähriger überplanmäßiger Personalbedarf für die Aufgabe „Investförderung Kindertagesbetreuung“ im Rahmen des Bundesprogramms von 1,0 Stellen ab 01.08.2017.
10	50110000	510120 – LV, Entgelt, TfK, Tpfl	386.992,00	9.512,00	Deckung durch Minderaufwand bei den Betriebskosten der Kitas, Sachkonto 53180000, PSP- Element 11.06.01.01.0001	07.08.2017	Aufgrund des neuen Gesetzes zum quantitativen und qualitativen Ausbau der KiTa-Betreuung entsteht ein unterjähriger überplanmäßiger Personalbedarf für die Aufgabe „Investförderung Kindertagesbetreuung“ im Rahmen des Bundesprogramms von 1,0 Stellen ab 01.08.2017.
11	50120000	150440 - Erstaufnahme	993.946,00	15.000,00	Deckung durch Landeszuschuss, Sachkonto 44810000, PSP-Element 11.02.29.01.0200	09.08.2017	Aufgrund des bundesweit verpflichtenden Systems AsylKonSystem entsteht ein unterjähriger überplanmäßiger Personalbedarf von 1,0 Stellen ab 01.10.2017. Dies erfolgte in Abstimmung mit dem MIK NRW.

Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen,
denen der Stadtkämmerer zugestimmt hat

Anlage 1 zur Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 11.09.2017

Lfd. Nr.	Sachkonto	PSP-Element bzw. Kostenstelle/ Bezeichnung / Zweck	Ansatz 2017 lt. HPl. / €	Über- oder außerplanm. Aufwendung/ Auszahlung in €	Deckung	Datum der Zustimmung	Begründung
12	50120000	150440 - Erstaufnahme	993.946,00	90.000,00	Deckung durch Landeszuschuss, Sachkonto 44810000, PSP-Element 11.02.29.01.0200	09.08.2017	Aufgrund der anstehenden Schließung der ZAB Dortmund und der noch nicht funktionsfähigen ZAB Unna wurde die ZAB Bielefeld vom MIK NRW gebeten den Außendienst zu verstärken, wodurch ein unterjähriger überplanmäßiger Personalbedarf von 6,0 Stellen ab 01.09.2017 entsteht.
Ergebnisplan				544.496,00			

Lfd. Nr.	Sachkonto	PSP-Element bzw. Kostenstelle/ Bezeichnung / Zweck	Ansatz 2017 lt. HPl. / €	Über- oder außerplanm. Aufwendung/ Auszahlung in €	Deckung	Datum der Zustimmung	Begründung
----------	-----------	---	--------------------------------	---	---------	-------------------------	------------

Finanzplan

13	54310050	13000501775001 Geringwertige Vermögensgegenstände – 620 –	2.500,00	2.000,00	Minderauszahlungen bei Sachkonto 54310105, PSP- Element 13.000225.770.001 (Festwert Betriebs- und Geschäftsausstattung 620)	11.07.2017	Zur Umsetzung der Verfügung des Oberbürgermeisters über die Neuorganisation des Amtes für Geoinformation und Kataster vom 12.04.17 müssen verschiedene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter innerhalb des Technischen Rathauses andere Diensträume beziehen. Das erfordert auch Anpassungen und Ergänzungen der Büromöbelausstattung der Arbeitsplätze. Ein Großteil des Ansatzes für GWG-Beschaffungen ist bereits verfügt, außerdem werden weitere Ersatzbeschaffungen für defekte Bürostühle in 2017 erforderlich. Der Festwert BGA (Betriebs- und Geschäftsausstattung) für die Ämter im Technischen Rathaus wurde Anfang 2017 rückwirkend zum 01.01.2016 aufgelöst, künftige Beschaffungen hierfür werden über GWG's bzw. Einzelbeschaffungen abgewickelt. Die Planwerte für den Haushaltsplan 2017 konnten jedoch nicht mehr angepasst werden. Ein Teilbetrag in Höhe von 2.000 € des nicht mehr benötigten Festwertansatzes soll für die erforderlichen GWG-Beschaffungen verwendet werden.
----	----------	--	----------	----------	---	------------	---

Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen,
denen der Stadtkämmerer zugestimmt hat

Anlage 1 zur Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 11.09.2017

Lfd. Nr.	Sachkonto	PSP-Element bzw. Kostenstelle/ Bezeichnung / Zweck	Ansatz 2017 lt. HPI. / €	Über- oder außerplanm. Aufwendung/ Auszahlung in €	Deckung	Datum der Zustimmung	Begründung
14	78310001	17.004598.710 – Fahrräder Jugendverkehrsschule (SG 30)	0,00	9.000,00	Deckung durch Sachkonto 78520000 „Radwegebau“, PSP- Element 17.001538.700.017	15.08.2017	Aufgrund eines erheblichen Erneuerungsbedarfs bei Fahrrädern der Jugendverkehrsschule (JVS), welche eine Maßnahme der Radverkehrsförderung darstellt, entsteht ein unterjähriger außerplanmäßiger Mehrbedarf von Haushaltsmitteln. Von 60 vorhandenen Fahrrädern sind nur 30 funktionsfähig, wodurch ein ordnungsgemäßer Betrieb der Schulungen für die JVS nicht möglich ist.
Finanzplan				11.000,00			